

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine soziale und ökologische Notwendigkeit

Bedingungsloses Grundeinkommen schafft die Möglichkeit für sinnvolles Tätigsein. Gerlinde Gillinger erhält eine Art Grundeinkommen (Witwenpension) und kann somit viele ehrenamtliche Stunden für SOL in der Verwaltung tätig sein. SOL könnte diese wichtige Arbeit nicht finanzieren.



In Zusammenarbeit
mit

Runder Tisch
bedingungsloses Grundeinkommen

Mit wissenschaftlicher
Mitarbeit von



fg-sol
Forschungsgesellschaft für
Solidarität • Ökologie • Lebensstil

„Sustainable Austria“
wird hergestellt

MIT
UNTERSTÜTZUNG
DES
lebensministerium.at

- 2 Ist die derzeitige Lebensweise zukunftsfähig?
- 3 Was soll ich mir unter diesem BGE vorstellen?
- 4 Prinzipien des BGE
- 5 BGE und Arm und Reich in Österreich
- 6 BGE und Erwerbsarbeit
- 6-13 Eine kurze Reise in die Vergangenheit
- 8 BGE und Zeitwohlstand
- 9 BGE und Bildung
- 9 BGE und soziale Gerechtigkeit
- 10 BGE und Demokratie
- 11 BGE und Gesundheit
- 12 BGE und Ökologie
- 13 BGE und Wachstum
- 14 Einwände gegen das BGE
- 15 Wie könnte eine andere Lebensweise aussehen?
- 17 Das BGE in der Schweiz
- 17-18 Weiterführende Literatur zum Thema BGE
- 18 Bedingungsloses Grundeinkommen (Buch)
- 19 Braucht 'Flexicurity' Grundsicherung – monetär oder naturressourcenbasiert?
- 20 Europäische BürgerInnen-Initiative (EBI) zum (BGE) auf dem Weg!

Die Texte in dieser Ausgabe mussten teilweise gekürzt werden, Langfassungen der Artikel finden sich auf www.pro-grundeinkommen.at
> Mitmachen > Hilfsmittel

Ist die derzeitige Lebensweise zukunftsfähig?

Von Ulli Sambor

Hier wollen wir uns einem speziellen Thema widmen, das aber natürlich eng mit unserer gesamten **Lebensweise** und der Bewältigung der Systemkrise (Finanzsystem, Wirtschaft, Gesellschaft, Demokratie, Ökologie, Klima ...) zusammenhängt.

Durch alle Bereiche zieht sich eine **Wertekrise**. Die Werte, die sehr viele momentan verfolgen, sind: scharfe Konkurrenz statt **Zusammenarbeit** (freier Markt statt fairer Markt), Egoismus/Selbstliebe statt **Solidarität**/Nächstenliebe (Gewinnmaximierung statt Gemeinwohlorientierung).

So werden Menschen vereinzelt. Sie dienen der Wirtschaft statt die Wirtschaft den Menschen. Wir werden kaum gefragt, ob uns unsere Lebensweise gefällt oder nicht. Es heißt nur: „Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut.“ (Genauso widerlegt wie der Satz: „Arbeitsplätze können wir nur durch mehr Wachstum schaffen.“) Wir laufen zur Erwerbsarbeit, gleichgültig, wie sie gestaltet ist, wie die Hamster im Hamsterrad. Oft fühlen sich die Menschen zu ausgelaugt oder zu ohnmächtig, um sich noch für etwas zu engagieren. Wir versuchen, uns **Glücksgefühle** zu verschaffen, indem wir unsere künstlich geweckten Bedürfnisse befriedigen, statt die wahren zu erkennen: **gegenseitige Liebe, Wertschätzung, Anerkennung, Vertrauen und Sicherheit**.

Es wäre doch gut, wenn **Werte, die zum Gelingen privater Beziehungen beitragen, auch in der Wirtschaft und Politik** zur Wirkung kämen. Misstrauen, Neid, Geiz und Ausbeutung haben da nichts verloren.

Wenn wir uns ein Leben in Würde wünschen, wenn wir uns entfalten können wollen, statt dass über unsere Köpfe hinweg entschieden wird, ist es notwendig, dass wir selbst mitgestalten können. Dazu sind **soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung** nötig. **Die benötigten Lebensgrundlagen (Ressourcen) müssen gerecht verteilt sein**. Das betrifft jetzige und zukünftige Generationen. Wir haben nur eine Welt!

Ein gutes Leben für alle ist das Ziel, das anzustreben ist.

Die Möglichkeit, uns für die Belange aller Menschen und der Natur einzusetzen, ist relativ beschränkt, könnte aber leicht erweitert werden. Ein großes Hindernis ist es, wenn wir wenig **Zeit oder Geld** haben, um wirkungsvoll etwas zu tun. Wenn wir uns wichtigen gesellschaftlichen Dingen widmen wollen, brauchen wir beides. Aber in unseren industrialisierten, reichen Ländern nehmen statt dessen **Zeitdruck und Armut** zu. Immer mehr Menschen sind erwerbsarbeitslos, und Armut wird häufig nur verwaltet statt behoben.

Jeder siebente Mensch auf der Erde hat zu wenig zu essen. Fast eine Milliarde Menschen hungern, täglich sterben rund 7.000 Kinder an den Folgen von **Unterernährung**. In Afrika sind aktuell in der Sahelzone mehr als 18 Millionen Menschen aufgrund von Dürre und Nahrungsmangel vom Tod bedroht. Aber nicht die Menschen der Entwicklungsländer rufen den **Klimawechsel** hervor, sondern wir, in den hochentwickelten Ländern. Und was tun wir dagegen bzw. wie wollen wir dessen Folgen mildern? Wir verschließen einfach die Augen davor. Auch die **Ausbeutung** von Mensch und Natur durch uns in anderen Ländern wird nicht gestoppt. Das Ungleichgewicht wird immer größer.

Unser Wirtschafts- und Finanzsystem lässt **die Einen gewinnen, wenn Andere verlieren**. Auch innerhalb der EU bemerken wir das inzwischen schmerzlich. Um Exportweltmeister zu sein, müssen andere Länder ein Defizit haben. Trotzdem versuchen wir es immer weiter, selbst wenn wir dafür Arbeitsplätze mit Niedrig-

lohn schaffen müssen. Nicht nur in Griechenland **nimmt Armut immer mehr zu**. (Wenn wir nichts gegen die riesigen Unterschiede unternehmen, könnte es zu Status- und Verteilungskämpfen bis zum Aufruhr kommen.)

Auch in unserem so gelobten Land Österreich mit hoher Lebensqualität wird die **Schere zwischen Arm und Reich immer größer**. Weiterhin werden durch unser Wirtschafts- und Finanzsystem Reiche reicher und Arme ärmer. Unversteuertes oder nur wenig versteuertes Vermögen wächst automatisch, Einkommen aus Arbeit wird wesentlich mehr versteuert. In Österreich zahlen noch dazu durch die Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge Menschen ab einer gewissen Einkommenshöhe prozentuell von ihrem Einkommen umso weniger, je mehr sie verdienen.

Unser Erwerbsarbeitseinkommen sollte unsere Existenz sichern. In Zeiten prekärer Arbeit (zu wenig Lohn, um davon leben zu können) und einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen, die gar keine Erwerbsarbeit mehr finden können, weil Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, ist das nicht mehr möglich. Um wenigstens diesem Zustand abzuweichen und allen Menschen ein finanzielles und existenzielles Überleben zu ermöglichen, **muss also Existenzsicherung von Erwerbsarbeit getrennt werden**. Wie schafft man das aber mit möglichst wenig Nachteilen für die einzelnen Menschen bzw. die Gesellschaft?

Auf der Suche nach einem sinnvollen Weg und einer guten Lösung für alle haben wir („Attac Österreich“, „Runder Tisch Grundeinkommen“ und „Initiative Zivilgesellschaft“ und Andere) beschlossen, uns gemeinsam für

das (emanzipatorische) bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

(grundsätzlich weltweit eingeführt) einzusetzen.

Schon hat sich ein Fremdwort eingeschlichen! „Sich emanzipieren“ kommt aus dem Lateinischen und heißt „sich von Bevormundung befreien“.

Derzeit bestimmt Geldmacht ja immer mehr, wie Ärmere zu leben haben, wie und unter welchen Bedingungen sie zu arbeiten haben.

Was soll ich mir unter diesem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) vorstellen?

Das ist eine GELDZAHLUNG, die jeder Mensch von Geburt an (monatlich) sein ganzes Leben lang erhält, und zwar: **allgemein, bedingungslos, personenbezogen**, in der Höhe **nicht nur existenzsichernd, sondern auch teilhabesichernd**.

Das BGE soll Geld von denen, die es im Überfluss haben, zu denen verteilen, die arm oder armutsgefährdet sind, und zwar so, dass alle menschenwürdig existieren können.

Durch die Finanzierung eines BGE kann erreicht werden, dass nicht nur **Einkommensarmut vollständig abgeschafft** wird, sondern dass alle Menschen bessere Möglichkeiten haben, ihr **Leben freier und fröhlicher** zu gestalten und dass auch ihren Kindern zu starker Druck und eventuelle **Angst vor der Zukunft genommen** wird. Wir wollen den Jugendlichen **mehr Lebensqualität** schenken, so wie wir auch eine bessere hatten als unsere Eltern. Das BGE soll eine Änderung der Lebensweise einleiten. Es soll in Verbindung mit Zeitwohlstand **Energie schaffen, auch wieder mehr in der Politik bewirken zu können**.



Der „Runde Tisch Grundeinkommen“ (RTG) dient der Vernetzung unterschiedlicher Vereine, Initiativen und Personen, die sich für ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) einsetzen. Er wurde 2006 gegründet.

Der Zusammenschluss RTG setzt sich für die Einführung des BGE in Österreich, in der EU und grundsätzlich auch weltweit ein.

Die Grundvoraussetzung, auf der dieser Zusammenschluss beruht, ist die Anerkennung der vier Prinzipien für ein BGE (siehe Seite 4): bedingungslos, allgemein, personenbezogen, existenz- und teilhabesichernd.

In den anderen Ländern sind oder werden ebenfalls Plattformen gegründet, die dem österreichischen RTG ähnlich konzipiert sind. Durch die Europäische BürgerInneninitiative zur Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens in Europa werden nun diese unterschiedlichen „Runden Tische“ in Hinblick auf das gemeinsame Ziel eng zusammenarbeiten.

Kampagnen-Koordination in Österreich:

Runder Tisch Grundeinkommen (Treffen, News, Unterstützung,..): www.pro-grundeinkommen.at; info@pro-grundeinkommen.at

Sende uns Deine e-mail, wenn Du Dich für die Kampagne engagieren möchtest oder um aktuelle News zur Kampagne zu erhalten.

SOL beteiligt sich am RTG.

Eine Kurzzusammenfassung, wozu das Grundeinkommen einen Beitrag leisten kann, ist zu finden unter dem Titel „10 Gründe für ein emanzipatorisches BGE“ unter www.grundeinkommen.at

ALLGEMEIN

Grundsätzlich soll jeder Mensch, unabhängig von Abstammung, Alter, Wohnort, Beruf etc. das BGE bekommen. **Es darf nicht zweierlei Recht für Menschen geben.**

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (10.12.1948):

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Art. 1)

„Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit.“ (Art. 22)

Albert Einstein hat jedenfalls richtig gesagt:

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit (Anmerkung: nicht nur Erwerbsarbeit), genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen.“

Deshalb möchten wir, dass das emanzipatorische BGE auf der gesamten Welt verwirklicht wird, nicht nur innerhalb einzelner Länder bzw. in der EU, wovon jetzt meist gesprochen wird. (Vielleicht aber sind z.B. Namibia oder Brasilien sogar schneller als wir. Ansätze davon gibt es dort schon.) Jedenfalls könnte dann jeder in seiner eigenen Heimat leben und müsste nicht aus finanziellen Existenzgründen auswandern.

BEDINGUNGSLOS

Wenn wir das **BGE als Menschenrecht** ansehen, kann man es doch nicht von Bedingungen abhängig machen!

Es darf nicht Arbeitszwang (Annahme von Arbeit unter menschenrechtswidriger Androhung des Existenzentzugs) und Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit geben. (Österreich hat sich zur Umsetzung des Rechts auf **fair bezahlte** und **freigewählte Arbeit** verpflichtet!)

Freiwillige sinnvolle Tätigkeit ist natürlich nicht verboten, ob bezahlt oder unbezahlt (auch Muße ist erlaubt). Das BGE bleibt davon unberührt.

Das BGE soll auch nicht von einem bestimmten Verhalten (Geschlechterrollen) oder von Einkommens-, Ersparnis- oder Vermögensgrenzen abhängig gemacht werden.

Jeder Mensch hat das Recht zu leben und darf in seiner Existenz nicht bedroht werden!

Wenn jeder das BGE bekommt, wirkt das gegen Diskriminierung und demütigende Situationen. Finanzielle Existenzangst fällt weg, und die Angst vor sozialer Ausgrenzung nimmt ab. Es gibt wieder eine gewisse **Leichtigkeit des Seins**.

Natürlich spart das auch viel administrativen Aufwand, wenn es einfach von Geburt bis zum Tod gezahlt wird. Die Menschen, die die Administration derzeit machen, können sich statt der Kontrolle und Bespitzelung Anderer der Lösung von derzeit dringend anstehenden Problemen widmen.

PERSONENBEZOGEN

Jede erwachsene Person hat ein Recht auf das eigene Grundeinkommen.

Weshalb sollte eine staatliche Zuwendung auf **Haushaltsbasis** berechnet werden? Es müsste dann immer kontrolliert werden, wie meine Lebenssituation gerade aussieht, z.B. ob ich zusammen mit jemandem oder alleine wohne. Wo bleibt da der Schutz von Intimsphäre und die **Freiheit persönlicher Entscheidungen**? Oft sind Frauen vom Geld ihres Mannes **abhängig**, z.B. auch wenn sie eine soziale Leistung vom Staat brauchen. Gerade für Frauen (als sehr armutsgefährdete Gruppe) ist es wichtig, dass sie selbst denselben existenz- und teilhabesichernden Betrag in der Hand haben wie ihre Partner, damit sie auf gleicher Ebene mit Männern entscheiden können, und zwar sowohl während der Zeit von evtl. Erwerbsarbeit als auch in der Pension.

Natürlich soll auch für Kinder ein entsprechender Betrag ausgezahlt werden.

IN EXISTENZ- UND TEILHABESICHERNDER HÖHE

Würde nicht auch ein nur kleiner Betrag genügen? Damit könnten wir unser Ziel, die **Menschen von unnötigen Zwängen zu befreien**, nicht erreichen. **Wir möchten, dass jeder Mensch die (finanzielle) Voraussetzung dafür hat, dass er das zur Gesellschaft beitragen kann, was er für sinnvoll hält, nicht nur, dass er gerade überleben kann.** Die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes Leben ermöglichen, das aber auch dem sozialen und kulturellen Standard der Gesellschaft im jeweiligen Land entspricht.

Das BGE soll nicht nur **Einkommensarmut völlig abschaffen**, sondern auch möglich machen, die **Erwerbsarbeitsbedingungen positiv zu ändern** und dass sich Menschen Aufgaben widmen, die derzeit nicht bezahlt werden. Trotzdem sollen diese Menschen nicht Gefahr laufen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Wenn wir so gesichert sind, macht uns das frei, unsere Gesellschaft (das System, in dem wir leben) und Umwelt mitgestalten zu können.

Das von uns angestrebte „emanzipatorische BGE“ ersetzt nicht den Sozialstaat (obwohl sich manches vielleicht erübrigen wird), **es erweitert ihn**. Das ist auch dringend nötig bei den derzeitigen Bestrebungen, ihn möglichst abzuschaffen. **Die Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge** – in den Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Öffentlicher Verkehr, Wasser, Energie, Wohnen – **muss weiterhin eine wichtige Staatsaufgabe sein**. Das BGE beinhaltet den Anspruch auf kostenlose medizinische Betreuung.

Es ist wesentlich, dass das BGE **von Reich zu Arm umverteilend** wirkt, damit die Gesellschaft nicht noch weiter gespalten wird. Durch eine dementsprechende Finanzierung kann eine wünschenswerte Verstärkung dieser Umverteilung erreicht werden.

BGE und Arm und Reich in Österreich

Von Ulli und Klaus Sambor

Wir sind ein reiches Land! In Österreich gibt's gar keine so großen Unterschiede?

Schon seit langem weiß man über die **Aufteilung der Gesamtvermögen in Österreich** Bescheid (Diagramm 1).

1 % der Bevölkerung besitzt ca. 1/3, weitere 9 % haben ebenfalls 1/3 und 90 % müssen sich gemeinsam mit dem letzten 1/3 begnügen.

In Diagramm 2 sieht man, dass die **Kluft zwischen Arm und Reich immer größer** wird. (Seit dem Beginn der Krise hat die Anzahl der Millionäre sogar noch zugenommen.) Das gefährdet die Gesellschaft. Es gibt keinen sozialen Zusammenhalt mehr. **Geld bestimmt** nicht nur die Wirtschaft und Sozialpolitik, sondern auch die Bereiche Ökologie, Bildung usw., nämlich die gesamte Politik.

Hier sieht man, dass nicht nur die oberen Einkommen, sondern hauptsächlich die **Vermögen** (Finanzkapital) **gestiegen** sind. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln in unserer heutigen Zeit ist **Armut anachronistisch** und tatsächlich „nur“ eine **System- und Verteilungsfrage**.

Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung hängen eng miteinander zusammen. Laut EU-SILC 2010 liegt in Österreich die Armutsgefährdungsschwelle bei einem monatlichem Einkommen von 1.031 Euro, und die Armutsgefährdungsquote ist 12 %. Somit sind **im reichen Österreich ca. 1.000.000 Menschen armutsgefährdet, ca. 500.000 davon sind akut arm**, d.h. sie haben mindestens in einem wichtigen Lebensbereich Schwierigkeiten (kein Geld für Wohnen, Heizen, Kleidung oder Ähnliches). Die **Dunkelziffer der Armen** ist sicher **viel höher**, weil sich viele Menschen gar nicht als hilfsbedürftig outen wollen oder können. In vielen Ländern gehören vor allem Familien, Alleinerziehende, Frauen, Working-poor und Erwerbsarbeitslose zu den Ärmsten.

Wie belastend ist ein Leben, wenn man nicht weiß, wie man finanziell überleben kann! Die betroffenen Menschen fühlen sich von Vielem ausgeschlossen (und sind es auch), z.B. wenn sie keinen Computer haben, da Information und Mitbeteiligung oft vom Internet abhängen. **Durch Armut steigen auch Erkrankungen, und die Lebenserwartung nimmt ab.**

Wenn Menschen nicht am Rande des Nötigsten leben müssen, gehen Depressivität und Krankheit zurück. Aktivität und Lebensfreude können wieder zunehmen.

Diagramm 1: Gesamtvermögen in Österreich (Plettenbacher)

Gesamtvermögen in Österreich 2002

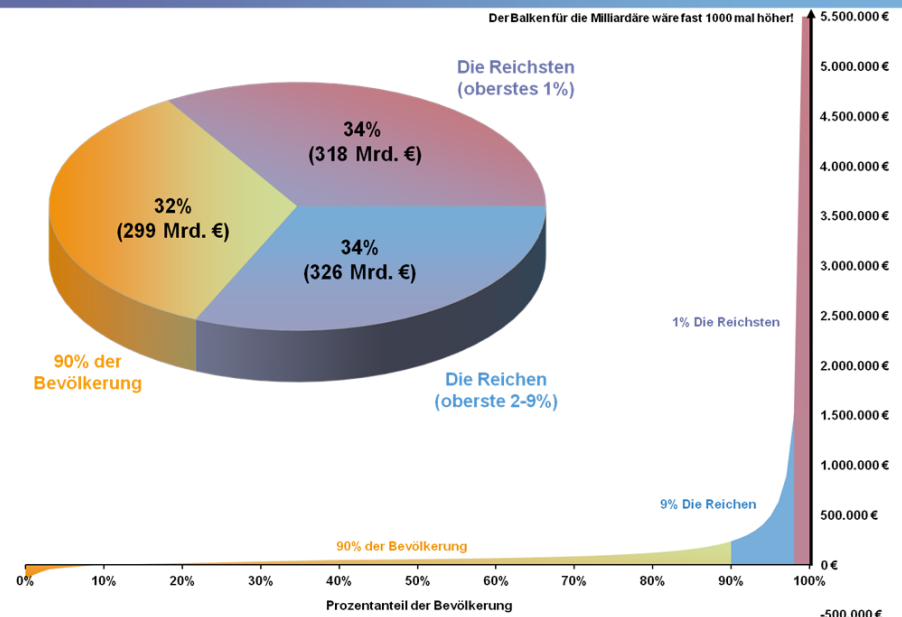
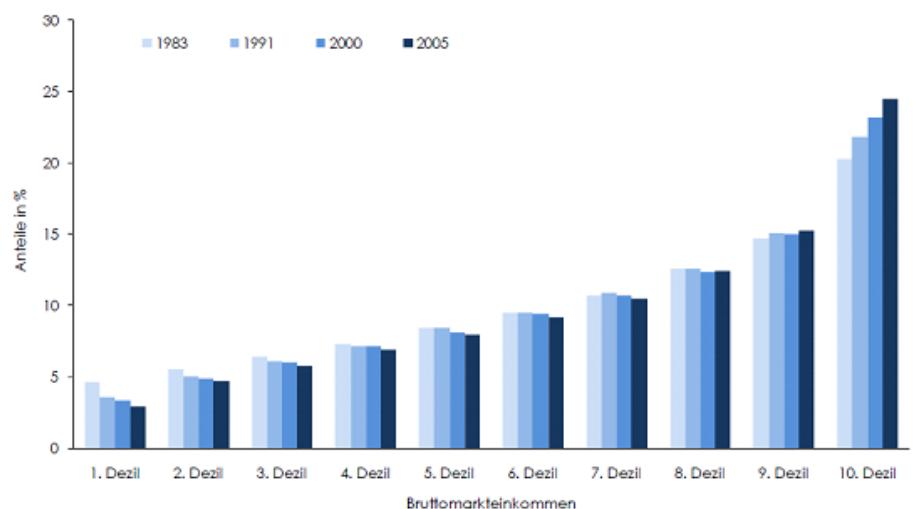


Diagramm 2: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Verteilung der Bruttomarkteinkommen der Unselbstständigen-Haushalte (WIFO: A. Guger)



Anmerkungen: **Dezile** (lat. „Zehntelwerte“) ist Zerlegung einer Verteilung in zehn gleich große Teile. 10. Dezil sind somit in dieser Grafik die reichsten 10 % der Haushalte

Bruttomarkteinkommen ist das Einkommen vor Steuern und Transferzahlungen.

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 1

Die Forderung nach einem sicheren Grundeinkommen zur Sicherung des Lebensbedarfs für ALLE wurde im Lauf der Geschichte von sehr vielen namhaften Persönlichkeiten immer wieder erhoben.

16. Jahrhundert



Thomas Morus,

ein englischer Staatsmann und humanistischer Autor, schrieb bereits vor 500 Jahren seinen Roman „Utopia“ (1516). Ein Reisender erzählt von einem fiktiven idealen Staat, in dem es kein Privateigentum und kein Geld gibt und der vornehmlich auf dem Grundsatz der Gleichheit basiert.



Juan Luis Vives

entwickelte die Gedanken von Thomas Morus in „Über die Unterstützung der Armen“ (1526) weiter. Er hielt ein garantiertes Minimaleinkommen und ein öffentliches Fürsorgewesen für effizienter als private Almosen.

Fortsetzung siehe
nächste Seite

BGE und Erwerbsarbeit und die Verkürzung der Erwerbsarbeit

Von Ulli Sambor

Recht auf Arbeit oder Recht auf Existenz?

Erwerbs-Arbeitszeitverkürzung ist nötig, und **höherer gesetzlicher Mindestlohn** (als Untergrenze) wird von vielen gefordert. Mindestlöhne (Mindeststundenlöhne) sind nach Ansicht vieler Menschen trotz BGE, das die Verhandlungsbasis der ArbeitnehmerInnen stärkt, als rechtlicher Schutz notwendig. Es wird dadurch sichergestellt, dass für Erwerbsarbeit ein Lohn gezahlt wird, der für ein gutes Leben reicht. Es ist nicht Aufgabe der SteuerzahlerInnen, den Unternehmen einen beträchtlichen Teil der Lohnkosten abzunehmen (Kombilohn).

Jeder weiß, dass wir **zu wenig Erwerbsarbeitsplätze** haben. Wie sollen dann Arbeitslose zusätzlich in den Arbeitsprozess hineinkommen? Sie können gezwungen werden, Arbeit zu ganz schlechten Bedingungen anzunehmen (was eine **Lohnspirale nach unten** bewirkt). Es gibt viele **prekäre Arbeiten**, d.h. obwohl diese Menschen (oft sogar ganztags) arbeiten, können sie davon nicht leben. Es gibt unbezahlte Praktika und All-in-Verträge mit vielen pauschal bezahlten bzw. unbezahlten Überstunden ohne soziale Absicherung. Auch Arbeitsdruck und Stress steigen. Dabei sind viele von uns **von regelmäßigen Geldzahlungen** (eventuell auch aus Gründen wie Familie, Kreditrückzahlungen usw.) **abhängig**.

Das „Recht auf Arbeit“ war deshalb wichtig, weil die Arbeit früher die finanzielle Existenz gesichert hat. Wenn die Existenz durch Erwerbsarbeit nicht mehr gesichert ist, nützt uns in dieser Beziehung das Recht darauf nichts mehr. **Durch Einführung des BGE kann das ältere inzwischen nicht mehr taugliche Recht auf Arbeit durch das sinnvollere Recht auf Existenz(sicherung) ersetzt werden.**

Wenn Menschen nicht mehr arbeiten können, was für sie (bzw. die Gesellschaft) sinnvoll ist, fehlt die Motivation zur und die Freude an der Arbeit vielfach. Viele Beschäftigte haben innerlich schon gekündigt und spulen nur noch missmutig ihr Pflichtprogramm ab. **So kann Arbeit krank machen** (besonders seelische Erkrankungen wie Burn-out und Depressionen nehmen stetig zu). Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen muss hier eingegriffen werden.

Gibt es Vorteile durch das BGE für „ArbeitnehmerInnen“?

Die Situation in der Erwerbsarbeit verschlechtert sich für viele Menschen immer mehr. Angesichts der vielen Erwerbs-Arbeitslosen ist es aber für die ArbeitnehmerInnen/Beschäftigten nur schwer möglich, die Bedingungen zu verbessern, weil sie bei kritischen Äußerungen einfach durch andere Menschen ersetzt werden. Mit einem **BGE** haben sie aber eine viel **bessere Verhandlungsbasis**, da sie mit ihrer Existenzsicherung nicht mehr vom Erwerbsarbeitsplatz abhängig und dadurch erpressbar sind.

Es wird Druck (gemeinsam mit der Gewerkschaft) entstehen, die Qualität der Arbeitsplätze zu verbessern und Stressfaktoren zu minimieren. Wenn nicht-attraktive und destruktive (gesundheitsschädigende, ökologisch nicht zukunftsfähige) Erwerbsarbeit abgelehnt wird, kann sie leichter abgebaut werden. Jede/r wird durch die Existenzsicherung ermutigt, für die Gesellschaft und sich **sinnvolle Arbeit** zu suchen und der eigenen Berufung zu folgen.

Gibt es Vorteile durch das BGE für „ArbeitgeberInnen“?

Ihre Beschäftigten sind wirklich **Mit-ArbeiterInnen**, nicht nur Menschen, die sich misshandelt einfach ihre finanzielle Existenz beschaffen müssen. Sie sind viel mehr motiviert, weil sie sich diese Arbeit selbst freiwillig ausgesucht haben.

Wer eine Arbeit macht, die Freude bereitet, wird sie in der Regel auch gut machen. Dadurch steigt natürlich auch die Kreativität, **Effizienz bzw. Produktivität**.

Produzierende Betriebe dürfen, ohne stigmatisiert zu werden, rationalisieren. Evtl. eingesparte MitarbeiterInnen sind nicht ins „soziale Nichts“ entlassen, sondern in eine „sich entwickelnde Kulturlandschaft“.

Gibt es Vorteile durch das BGE für andere und für wen? (in Bezug auf Erwerbsarbeit)

Menschen, die einen eigenen **Kleinbetrieb** gründen wollen, **KleinunternehmerInnen**, deren Einnahmen zwar für die Angestellten reichen, nicht aber immer zum eigenen Überleben, **Ein-Personen-Betriebe/UnternehmerInnen**, sogenannte **Scheinselbständige** usw. hätten durch finanzielle Existenzsicherung mehr Chancen und weniger Risiko.

Das BGE brächte natürlich auch Vorteile für Menschen, die als **„Arbeitslose“** (gemeint sind Erwerbsarbeitslose) bezeichnet werden. Ihre Zahl nimmt mehr und mehr zu. (Eurostat schätzt, dass im März 2012 in der EU 24,8 Millionen Menschen „arbeitslos“ waren.) Diese müssten nicht (mit unnützen Bewerbungsschreiben) dauernd hektisch nach Erwerbsarbeit suchen, die es nicht gibt, sondern könnten sich in Ruhe anderen Aufgaben widmen. Nach allgemeiner starker Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit wird es auch wieder möglich sein, einen passenden Erwerbsarbeitsplatz zu finden.

Gut geregelte finanzielle Existenz- und Teilhabesicherung wünschen sich auch besonders **alle Kreativen und KünstlerInnen und Menschen, die sich auch** (neben oder statt Erwerbsarbeit) **in anderen** (vielleicht unbezahlten) **Tätigkeitsfeldern engagieren wollen**. Es könnten sich mehr Menschen der Aufgabe widmen, alternative, **zukunftsfähige Lösungen für alle anstehenden Probleme** zu finden.

Mit dem BGE können neue Ideen verwirklicht werden, auch solche, die der „derzeitige Markt“ als „nicht rentabel“ oder „unerwünscht“ nicht zulassen würde. Die Menschen könnten ihr Leben selbst nach ihren Vorstellungen gestalten, ohne finanzielle Existenzangst.

Verlängerung oder Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit?

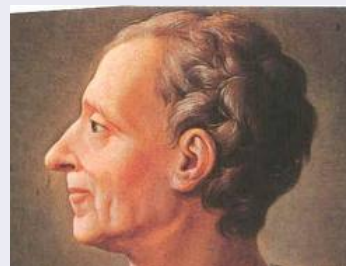
Was hört sich sinnvoller an, wenn wir von **Arbeitslosen** sprechen, die keinen Job mehr bekommen? Vor allem die **Jugendarbeitslosigkeit** nimmt in vielen Ländern immer mehr zu (schon bis zu 50 %). Es hilft nichts, die **Altersgrenze für Pensionsberechtigung** hinaufzusetzen, wenn doch Menschen schon viel früher aus der beruflichen Tätigkeit entfernt werden und dann keinen neuen Arbeitsplatz mehr finden.

Schon seit langem haben die Menschen **angestrebt**, sich z.B. durch technischen Fortschritt und Rationalisierung die **Arbeit zu erleichtern** und **weniger Erwerbsarbeit leisten** zu müssen. Statt dessen sind **Leistungsdruck** und **Arbeitsbelastung** noch gestiegen. Es wäre notwendig und möglich, eine **Arbeitszeitverkürzung auf durchschnittlich 25 Wochenstunden** durchzuführen. Das wäre gesetzlich zu regeln (und könnte auch als **selbstbestimmte Arbeitszeitflexibilisierung** in der **Lebensarbeitszeit** zum Ausdruck kommen). Geringere Arbeitszeitverkürzung (z.B. nur auf 35 Wochenstunden) könnte dazu führen, dass dasselbe Arbeitsvolumen innerhalb kürzerer Zeit zu erledigen wäre. Es fände eine Arbeitsverdichtung mit jetzt noch mehr Druck und Stress statt, die natürlich auch gesundheitliche Folgen für die Menschen hätte.

Mit einer starken Verkürzung der Arbeitszeit könnte **Erwerbsarbeit fair geteilt** werden. Es gäbe sofort viel mehr **Auswahl an Arbeitsplätzen**. Wir könnten uns wieder

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 2

17. Jahrhundert



Charles-Louis Montesquieu

(1689-1755) war ein französischer Staatstheoretiker der Aufklärung. Seiner Meinung nach „...schuldet der Staat allen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt ... und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.“



Tommaso Campanella

Der italienische Philosoph, wegen seiner häretischen Ansichten auch verfolgt und inhaftiert, verfasste die utopische Streitschrift „Der Sonnenstaat“ (1602), in der er alle sozialen Übel auf das Privateigentum zurückführt.



Sir Francis Bacon

der englische Universalgelehrte, beschreibt in „Neu-Atlantis“ (1624) einen utopischen Staat, in dem das Hauptaugenmerk dem naturwissenschaftlichen Fortschritt als fundamentale Verbesserung des Gemeinwesens gilt.

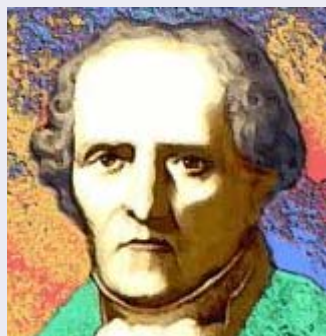
18. Jahrhundert



Thomas Paine,

einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten, forderte während seiner Jahre in Frankreich von der französischen Revolutionsregierung mit „Agrarische Gerechtigkeit“ (1796) bereits eine jährliche Zahlung als Ausgleich für den Verlust des Ertrags der Erde.

19. Jahrhundert



Charles Fourier

(1772–1837) war Vertreter des Frühsozialismus und ein scharfer Kritiker des frühen Kapitalismus. Er forderte schon ca. 1820 ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Er gilt vielen als Vater des Feminismus, und die 68er-Bewegung sieht ihn als einen ihrer Ideengeber.

Fortsetzung siehe
nächste Seite

eher einen Erwerbsarbeitsplatz aussuchen, an dem die **eigenen Fähigkeiten und Interessen verwirklicht und geschätzt** werden.

Wenn Menschen sich durch BGE und Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbsarbeit leisten können, zu nicht attraktiven Arbeitsangeboten Nein zu sagen, müssen **Arbeitsplätze interessanter, vielfältiger, anspruchsvoller und manche auch besser bezahlt** werden. Wer zeigen kann, was in ihm steckt, wird die **Arbeit mit mehr Freude, Kraft, Kreativität und Konzentration** machen. Als Ergebnis steigt nicht nur die Zufriedenheit der Beschäftigten, sondern auch (wie schon erwähnt) die Effizienz bzw. Produktivität ihrer Arbeit.

BGE und Zeitwohlstand

Von Ulli Sambor

Gibt es wirklich gänzlich unbezahlte Arbeit? Wer sollte die denn erledigen?

Bis jetzt haben wir hauptsächlich über Erwerbsarbeit gesprochen. Arbeit besteht aber nicht nur aus Erwerbsarbeit. Laut der Zeitverwendungsstudie der Statistik Austria von 2009 werden in Österreich jährlich **mehr unbezahlte Arbeitsstunden geleistet als bezahlte. Ohne diese Arbeiten würde die Wirtschaft von heute auf morgen zusammenbrechen.**

Neben der **Erwerbsarbeit** gibt es **Versorgungsarbeit** (Kindererziehung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw., nach wie vor meist von Frauen erledigt), **Gemeinschaftsarbeit** (politisch-gesellschaftliches Engagement auch in Bezug auf Ökologie) und **Eigenarbeit**.

Gibt es ein BGE und Zeitwohlstand (durch Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbsarbeit), wird es einfacher, **sich auch diesen anderen Tätigkeiten zu widmen. Alle** können freud-, sinn- und maßvoll arbeiten und tätig sein. Es bleibt aber auch mehr Zeit für sich selbst, für „Freizeit“ (Relaxen, Natur genießen, Muße usw.).

In der Zeit von Systemkrisen werden Menschen gebraucht, die sich den vielen Problemen widmen und gute Lösungen finden können. Mit einem BGE und mehr Zeit ist es leichter möglich, sich **eigenverantwortlich** und **selbstbestimmt** einzubringen. Wir könnten **unseren Lebensstil überdenken** und daran arbeiten, wieder solidarischer mit Anderen zu leben, für eine gute Zukunft der jungen Menschen zu sorgen und für die Umwelt nachhaltiger und ressourcenschonend zu handeln.

Arbeitswelt und Lebensstil

Versorgungsarbeit (Care-Arbeit), freiwillige soziale Tätigkeit und zivilgesellschaftliches Engagement z.B. für gesellschaftliche und ökologische Ziele gelten, sofern sie unbezahlt sind, unter den derzeitigen Bedingungen als nicht wertschaffend (im BIP nicht enthalten).

Mit BGE und Arbeitszeitverkürzung verliert die Erwerbsarbeit den absoluten Vorrang vor anderen Lebensentwürfen, wodurch diese relativ aufgewertet werden.

Unser **Reichtum an Fähigkeiten** entspricht denn dem Reichtum als **Wählen-Können zwischen Erwerbsarbeit und anderen Arbeiten und Tätigkeiten** (lust-, sinn- und maßvoll) und **Wählen-Können zwischen Arbeit und Muße**. Das Kombinieren bleibt jedem Einzelnen überlassen.

Jede Art von Arbeit und Tätigkeit kann (auch zwischen Frau und Mann) geteilt bzw. gemeinsam erledigt werden. Es wäre für alle ein ausgewogenes Leben, wobei auch Kinder davon profitieren würden.

BGE und Bildung

Wir sagen, **die Einführung des BGE muss von gesellschafts-, wirtschafts- und bildungspolitischen Maßnahmen begleitet werden.** (Erwerbsarbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne, **Bildung** usw.)

Jetzt wollen wir von (**Bewusstseins-**)**Bildung** sprechen, die vor Einführung des BGE und begleitend sinnvoll wäre.

Soll Bildung endlich mehr den Forderungen des Arbeitsmarktes entsprechen?

Bildung wird in der Gegenwart häufig mit einer Ausrichtung auf den derzeitigen Arbeitsmarkt gleichgesetzt. Abgesehen davon, dass Ausbildungen heute immer weniger einen Arbeitsplatz garantieren können, greift ein solches Bildungsverständnis zu kurz und leistet keine Beiträge für einen Wandel in Richtung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Ziel der Bildung sollte sein, das Interesse an politischer Teilnahme zu wecken und zur Gestaltung der Verhältnisse zu befähigen. Bildung sollte Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Lebensperspektiven unterstützen und auf ein verantwortungsvolles und selbstbestimmtes Leben mit dem BGE und auf die Gestaltung des eigenen Tätigkeitsfeldes in der Gesellschaft vorbereiten.

Individuelle Entwicklungsmöglichkeiten sollen gefördert werden. Vor allem **Achtung vor der Würde des Menschen** und **soziale Gerechtigkeit** sollen im Mittelpunkt stehen.

Weitere wichtige Inhalte für die Bildung sind im ausführlicheren Text zu finden. (s. S.2)

Politische Bildung und Partizipation, Mitgestaltung der Gesellschaft, soziale Verantwortung, **gemeinwohlorientiertes Handeln** statt Gewinnmaximierung, **Klima- und Umweltschutz**, **Ressourcengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit** sollen eine große Rolle in Bildung und bei den öffentlichen Bildungsangeboten spielen.

Der **Zugang zu Bildung** soll erleichtert werden. Der finanzielle Aspekt kann die **volle Entfaltung der positiven Fähigkeiten** von Menschen verhindern, Kinder aus armen oder armutsgefährdeten Familien können in ihrem Bildungsfortschritt wesentlich gehemmt werden. Hier kann das BGE entscheidend dagegen wirken. Bildungseinrichtungen dürfen nicht ein Ort der Auslese und der Angst vor dem Scheitern sein, sondern ein Ort der liebevollen Betreuung.

Für eine Förderung der beruflichen Qualifikation der einzelnen Menschen, für berufliche Weiterbildungsangebote und natürlich auch für die Unterstützung bei der Suche nach Erwerbsarbeit sind weiterhin **Servicestellen** anzubieten. Dies alles soll allerdings nach dem **Prinzip der Freiwilligkeit** erfolgen, und nicht – wie heute zum Teil – nach dem Prinzip des Zwangs und der Repression. Diese Servicestellen sollen auch auf zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) und deren Projekte hinweisen bzw. auf alle Projekte, die gemeinwohlorientierten Charakter haben.

Für die **Einführungsphase des BGE** ist eine unterstützende Beratung für die Tageseinteilung bei „In-Freiheit-tätig-Sein“ für manche Menschen hilfreich. Später sollten diese Aufgabe schon Eltern und Schule übernommen haben.

BGE und soziale Gerechtigkeit

Warum ist ein BGE aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit wünschenswert?

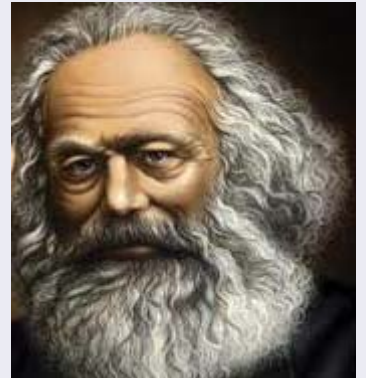
Die wirtschaftliche **Grundlage des Wohlstandes ist das Ergebnis des über lange Zeit gewachsenen Wissens und Könnens.** An diesem **sollten alle Menschen Anteil haben.** Das **BGE verringert** die immer größer werdenden **Einkommens- und Vermögensunterschiede** (siehe auch Finanzierungsmodell der Attac Inhaltsgruppe BGE).

Es geht darum, **für alle ein menschenwürdiges Leben** zu sichern. Die Bewertung von Arbeit ist derzeit mehr auf **Macht** gegründet als auf **Leistung** (für die Gesellschaft) und **Verantwortung** (den Menschen gegenüber). Das **BGE bildet für jeden Menschen die ökonomische Basis, sich eigenverantwortlich und selbstbestimmt in die Gesellschaft einzubringen.**

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 4

Joseph Charlier,

der belgische Jurist, forderte 1848 eine Staatsdividende als Lösung des Sozialproblems. Quelle sollten die Erlöse aus der Vergabe von Nutzungsrechten an natürlichen Ressourcen sein. Er gilt als einer der ersten Verfechter eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“.



Karl Marx,

der deutsche Gesellschaftstheoretiker und Protagonist der Arbeiterbewegung (1818-1883), forderte in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) ein ähnliches Verteilungsprinzip des gesellschaftlich Produzierten.



Rudolf Steiner,

der österreichische Esoteriker und Philosoph (1861-1925), formulierte ähnliche sozial-ethische Begründungen wie Marx.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 5



Theodor Hertzka,

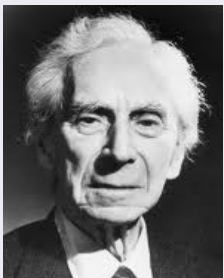
der ungarische Fachökonom, beschreibt in seinem Buch „Freiland, ein soziales Zukunftsbild“ (1890) die Utopie einer freiwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaft im heutigen Kenia und stellt darin die Frage: „Warum werden wir nicht reicher nach Maßgabe unserer Fähigkeit, Reichtum zu erzeugen?“

20. Jahrhundert



Peter Kropotkin,

der russische Schriftsteller (1842-1921), sah sich als Anarchist und stellte die Frage ähnlich: „Wir sind reich in unseren zivilisierten Gesellschaften. Woher also das Elend, das um uns herrscht?“



Bertrand Russell,

der englische Nobelpreisträger (1872-1970), hat nach seinem fast 100-jährigen Leben ein großes Werk hinterlassen und war eine Leitfigur des Pazifismus. Er sprach sich für der sogenannten Gildensozialismus aus, in dem die Güter über ein politisch administriertes System getauscht werden.

Das **Leben** wird momentan für viele immer mehr **unkalkulierbar**. Eine längerfristige Lebensplanung (Familie, Absicherung im Alter) ist nicht mehr möglich. Gegenwärtig werden wirtschaftliche Aspekte überbewertet. Dabei bleiben viele andere **Werte** (wie Solidarität) auf der Strecke. Die **Einkommens- und Vermögensschere geht derzeit systembedingt automatisch immer weiter auf**. Das ist nicht gerecht und schadet dem sozialen Frieden (fehlende Solidarität).

Die meisten der genannten Punkte gehen auf das Prinzip der Konkurrenz und auf **Gewinnmaximierung Einzelner** zurück, worunter dann **viele zu leiden** haben. Man kann gegenwärtig nicht von Verwirklichung von **Verteilungsgerechtigkeit, Geschlechtergleichbehandlung und Chancengleichheit** in unserer Gesellschaft sprechen. **Einkommensarmut** hat zerstörerische Folgen bezüglich Wohlbefinden, Lebensqualität, Gesundheit usw., könnte aber durch ein BGE vollkommen abgeschafft werden. **Allen Menschen steht ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit** (ohne Stigmatisierung) **zu**. Es gibt ein Menschenrecht auf Leben.

Ein **BGE** hat auf all diese Punkte Auswirkungen. Es trägt zu **mehr Gerechtigkeit** und **sozialem Ausgleich** bei. Nicht nur, dass niemand mehr durch das soziale Netz fallen kann, gibt es die Möglichkeit zu mehr **Lebensqualität und eine andere Lebensweise** für jeden einzelnen Menschen. Das muss natürlich für Menschen **auf der gesamten Welt** gelten. Durch einen **Paradigmenwechsel der Werte** könnte es zu einer Transformation kommen, **zu einem guten Leben für alle, heute und in Zukunft, in sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit**. Diese **Transformation** könnte durch die Einführung des BGE beschleunigt werden oder eine Tür dahingehend geradezu aufstoßen.

Jean Jacques Rousseau sagte: „**Die Früchte dieser Erde gehören euch allen, aber der Boden gehört niemandem.**“

Das **BGE** könnte **durch Förderung der sozialen Gerechtigkeit** ein Mittel sein, die Gesellschaft nicht gänzlich auseinanderbrechen zu lassen und einen Weg in eine Gesellschaft zu weisen, in der **alle Menschen in Würde** leben.

BGE und Demokratie

Von Ulli Sambor

Fühlen Sie sich von der Politik gut vertreten?

Die **Politik** (gleichgültig, ob in Österreich, der EU oder weltweit) hat meiner Ansicht nach die Aufgabe, **Chancengleichheit, Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit** zu verwirklichen. Regierungen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass **alle an der Gesellschaft umfassend teilhaben und sie auch mitgestalten können**. Dafür müssen allen die Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Bevor Beschlüsse gefasst werden, müssten sie meiner Meinung nach auf **Lebensfreundlichkeit** und auf **soziale und ökologische Zukunftsfähigkeit** überprüft werden.

Stattdessen sind Vermögen und Ressourcen (auch in Bezug auf die Zukunft) immer ungleicher verteilt, was zu einer steigenden Konzentration von wirtschaftlicher Macht in den Händen einer kleinen Elite führt. Die **Finanz- und Wirtschaftsmacht bestimmt derzeit die Politik**, und daraus folgt eine starke **Entdemokratisierung**.

Das **BGE kann dazu beitragen, dass Demokratie besser verwirklicht wird** und Macht tatsächlich vom Volk statt vom Finanzkapital ausgeht. **Eine demokratische Gesellschaft benötigt Menschen, die sich politisch engagieren und die Gesellschaft im Sinne von Gemeinwohl und Zukunftsfähigkeit partizipativ (mitwirkend und mitbestimmend) umgestalten**. Wer aber einen täglichen Existenzkampf führen muss, dem fehlt nicht nur Geld, sondern auch die Zeit, sich mit Politik zu beschäftigen.

Wenn es also ein BGE als finanzielle Existenzsicherung verbunden mit Zeitwohlstand gibt, ist es möglich, sich mit vielen Themen zu befassen. Es könnte die **repräsentative Demokratie ergänzt** werden durch die Möglichkeit, mehr mitzubestimmen. **Teilhabe** an der Gesellschaft und mehr Gelegenheit, die Gesellschaft **mitzugestalten**, kann die **Politikverdrossenheit verringern** und Menschen dazu motivieren, sich aktiver einzubringen. Natürlich muss vorher das abzustimmende Thema gerecht von allen Seiten beleuchtet und öffentlich diskutiert werden. Dann können wir freier entscheiden, wie wir leben wollen. Dann werden die wirklich **wichtigen Fragen einer Gesellschaft** erst gestellt und entscheidbar:

Was ist das eigentlich, **der gesellschaftliche Reichtum**? Was gehört zu einem guten Leben? **Was** sollen wir dafür **produzieren**, und **wie** wollen wir das tun?

BGE und Gesundheit

Von Ulli Sambor

Kann Krankheit außer von Veranlagung auch von den Lebensumständen abhängen?

Armut, Krankheit und Umweltschäden bedingen und verstärken einander gegenseitig. Daran zu erinnern ist gerade heute dringend notwendig, wo „Gesundheit“ zu einem Geschäft der Gesundheitsindustrie geworden ist und Krankheit wieder verstärkt als persönliches Versagen gebrandmarkt wird (Höhe der Versicherungsbeiträge).

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich zum Ziel gesetzt, jenes **Erkrankungsrisiko**, das **von sozioökonomischen Bedingungen bestimmt** wird, bis 2020 um 25 Prozent zu **verringern**. Die Maßnahmen sind auch auf **Armutsbekämpfung** wie auf die **Verbesserung individueller Lebensbedingungen** gerichtet.

Wer mit Arbeitslosen bzw. Armen zu tun hat, denkt an **Bildung, Existenzsicherung, Wohnen, Familie und Gesundheit (Erholungsmöglichkeiten)**, an das **Freimachen von stressmachender** Lebensweise, insbesondere **Existenzangst** – das heißt, **er sieht den Menschen und sein Umfeld als Ganzes**.

Was Österreich dringend braucht, ist ein „Aktionsplan für eine Gesundheitsstrategie und gegen den frühen Tod und das hohe Krankheitsrisiko derzeit Armutsgefährdeter und -betroffener“, solange das BGE noch nicht eingeführt ist.

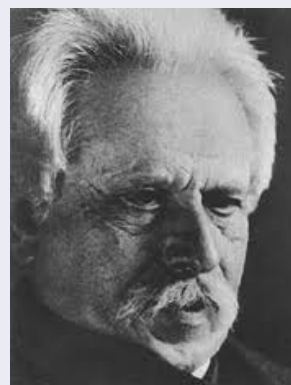
Durch die Einführung des **BGE** können wir **finanzielle Einkommensarmut völlig abschaffen**. Nachdem einerseits die finanzielle Existenzangst wegfällt und andererseits die Arbeitsbedingungen leichter verbessert werden können, sind starke Stressfaktoren eliminiert, und das trägt auch zum **Abbau** eventueller, **seelischer Krankheiten** wie Burn-out und Depressionen bei.

Auch durch **Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbsarbeit** gibt es Verbesserungen bezüglich der Gesundheit. Menschengerechte Erwerbsarbeit, Phasen von anderen Tätigkeiten, des schöpferischen Seins und des Müßiggangs wechseln einander ab. Nachdem wir uns dann das Aufgabengebiet eher aussuchen können, haben wir mehr **Freude an der Arbeit**. Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität werden sich erhöhen.

Wie sieht es mit Ernährung aus?

Jeder Mensch hat das Recht auf eine **ausreichende Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln**, die leistbar, ja preisgünstiger sind als ungesunde. Ökologische Betriebe könnten vom Staat gefördert werden. Landwirtschaftliche Produktion soll sich nicht an Profitinteressen von Konzernen, sondern **an den Bedürfnissen der Menschen orientieren**.

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 6



Josef Popper-Lynkeus

war ein österreichischer Sozialphilosoph (1838-1921), der mit seinen Arbeiten zu sozialreformistischen Themen bekannt wurde. In seinem Buch „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“ (1912) berechnet er den Grundgüterbedarf und die dazu nötige zu leistende Arbeit.

Atlanticus (Karl Ballod),

lettischer Nationalökonom, schrieb 1898 „Der Zukunftsstaat. Wirtschaftliches Ideal und Volkswirtschaftliche Wirklichkeit“. Nach einer Arbeitsdienstpflicht von fünf bis sechs Jahren sollte eine zum Leben ausreichende Pension bezogen werden.



Lady Rhys-Williams und Mayor Douglas

die britische Ökonomin und der britische Ingenieur erhoben in den 1930er-Jahren in England die Forderung nach einem „Credit Tax Movement“, die sich bis heute dort gehalten hat.

Social Credit-Bewegung

Diese gab es ab den 1920er-Jahren in Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland mit der Kernforderung nach Auszahlung einer „National Dividend“ an alle Bürger.



Friedman Tobin
**Milton Friedman,
Robert Theobald, James Tobin**

gehörten in den sechziger Jahren zu den vielen namhaften Wissenschaftlern, die in den USA eine Diskussion hinsichtlich eines Grundeinkommen führten. Das führte zu Massenexperimenten, die den Effekt eines Grundeinkommens in Form einer negativen Einkommensteuer herausfinden sollten.



Martin Luther King

war ein prominenter Befürworter eines BGE, der nach einer jahrelangen Diskussion erreichte, dass US-Präsident Lyndon B. Johnson 1967 eine Kommission einrichten ließ, die sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigte.

Alva-Myrdal-Report

Mit diesem wollten 1971 in Schweden die Sozialdemokraten eine Reform des Sozialstaates erreichen, dessen Diskussion nach einer langen Pause neuerdings wieder aufgenommen wurde.

Wolfram Engels, Bruno Molitor

führten gemeinsam mit anderen Anfang der 70er-Jahre lange eine leider steckengebliebene Grundeinkommensdebatte in Deutschland, veröffentlicht im „Handbuch der Wirtschaftswissenschaften“ (1982).

Gösta Rehn und Gunnar Adler-Karlsson

forderten ein garantiertes Grundeinkommen als Voraussetzung individueller Handlungs- und Wahlfreiheit der Menschen.

BGE und Ökologie

Von Ulli Sambor

Soziale und ökologische Anliegen sind oft miteinander verknüpft.

Was hat denn das BGE mit Ökologie zu tun?

Die ungleiche Verteilung von Macht und die Grenzen des Wachstums durch die ökologische Tragfähigkeit der Erde erfordern eine neue Politik und Wirtschaft.

Werner Rätz (Rat von Attac Deutschland), **Hardy Krampertz** (Koordinationskreis Attac Deutschland, **Attac-AG genug für alle**):

... „Wir denken uns das BGE als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge in einer **bedarfsorientierten Ökonomie**. Es geht darum, dass den Menschen die notwendigen Güter und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. ... Aber einiges wird auch als **öffentliche Infrastruktur** für die BenutzerInnen kostenlos angeboten werden können. Was gesellschaftlich finanziert zur Verfügung steht, braucht nicht eingekauft zu werden. ... **Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt**: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen.“ ...

Das BGE kann durch entsprechende Ausgestaltung der Finanzierung und den begleitenden Maßnahmen zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe beitragen.

Ich habe schon erwähnt, dass z.B. Arbeit, die die Umwelt schädigt (sogar Rodung von Urwald), leichter mit einem BGE abgelehnt werden kann, weil dann alle ohnehin existenz- und teilhabegesichert sind. Wenn (auch durch Arbeitszeitverkürzung) weniger erzeugt wird, werden weniger Ressourcen (Rohstoffe) verbraucht. Es kann **mehr für Verteilungsgerechtigkeit** (zukünftige Generationen) gesorgt werden.

Ich will jetzt einiges von **Ronald Blaschke** (deutsches Netzwerk Grundeinkommen, NetzwerkRat) zitieren: Er spricht vom Airbus, dem Flugzeug als Klimakiller Nr. 1, von Rüstungs-/Kriegsproduktion. ... „Heute verhindert die pure Existenzangst der Lohnabhängigen derartige Diskussionen. ...

... Die **Kritik an der Zerstörung der sozialen Ökologie, des solidarischen Zusammenhalts und der sozialen Integration**, ist im Schlachtruf 'Hauptsache Arbeit' kaum noch hörbar!“ ...

Konsumgesellschaft, Produktion, Existenzangst und Beschäftigungslüge

Ronald Blaschke: ... „Auch wenn im Namen der Vernunft **Arbeitsplätze in ökologisch verantwortbaren Produktionsbereichen geschaffen werden, löst sich das Problem noch nicht**. Denn eine Ökonomie des ganzen Hauses verweist darauf, dass **massenhaft ökologisch und sozial unverantwortliche Arbeitsplätze stillgelegt werden müssen**. Diskutiert werden muss also, **was eigentlich von Menschen verantwortbar gewollt und konsumiert werden kann, folglich produziert werden soll**.“ ...

BGE als eine Möglichkeit der Abwehr?

Ronald Blaschke: „Zu einem grünen linken, transformatorischen Ansatz gehört auch die **Emanzipation (Befreiung) des Individuums vom Zwang zum ökologisch, sozial und ökonomisch unverantwortlichen Tun**. Das BGE ist *eine* Möglichkeit der Abwehr – weil es den existenziellen und staatlichen Zwang zum unverantwortlichen Tun endlich abschafft.“ ...

„Zur Illustration des Gedankens die treffenden Worte von **Günther Moewes**, Autor des Buches ‚Geld oder Leben‘: ... ‚Bei der Arbeitsplatzbeschaffung operiert das Anlageinteresse gezielt mit der **Existenzangst** der Arbeitenden ... : Ihr müsst Paläste bauen, Kohle fördern, Überflüssiges produzieren, damit ihr nicht eure **Existenzberechtigung** verliert, damit ihr nicht verhungert. Aus Existenzangst und wider besseren Wissens halten dann Förster am Plantagenwald fest, Landwirte an chemisierter Überproduktion, Werbegrafiker an verdummender Werbung, Architekten an Bauwachstum und Baulandausweisung, Landschaftsarchitekten an Naturverkünstelung, die britische Landbevölkerung an der Fuchsjagd, Benzinhersteller an möglichst hohem Benzinverbrauch, Stromhersteller am Stromverbrauch, Landminenhersteller am Landminenverbrauch. Mit der **Beschäftigungslüge** lassen sich immer mehr Verbrechen dieser Welt rechtfertigen: Verschwendung, Verdummung, Vergiftung, Verpackung, Naturzerstörung, sinnlose Transporte und sinnlose Bürokratie.‘ ... “

Soziale, ökologische und ökonomische Fairness

EU-Förderungen sollen verstärkt in lokalen, sozialen und ökologischen Infrastrukturaufbau investiert werden. Konjunkturpakete und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen die soziale und ökologische Trendwende fördern.

Hier ist alles nur bruchstückweise angeführt, die Beispiele kommen meist aus den „westlichen Industrieländern“.

Gerechtigkeit sollte es aber global geben, genauso wie das BGE.

Das BGE leistet einen Beitrag zur Entwicklung eines zukunftsfähigen, ökologischen Wirtschaftens. Es gibt ein Beispiel, wie Fairness aussehen könnte. Es kann z.B. Übergang und dauerhafte Ergänzung sein, als Teil eines Stufenplans zu einer ökologisch orientierten Grundversorgung. Dabei hätten jede Weltbürgerin, jeder Weltbürger das Recht auf dieselben Ressourcen.

BGE und alle weiteren Menschenrechte sowie annähernd gleicher **ökologischer Fußabdruck** wären wichtig. **Gemeinwohlorientierung (Kooperation, Solidarität und Verantwortung)** ist nötig, um die Existenzgrundlagen zu sichern. Die Würde des Menschen und der Umwelt sind zu beachten. Um ein gutes Leben für alle (heute und in Zukunft) zu erreichen, ist nicht nur eine finanzielle Existenzsicherung (BGE), sondern eine Existenzsicherung im weitesten Sinn des Wortes unverzichtbar.

BGE und Wachstum

Hier verweise ich auf die „Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs“, Heft Nr. 8/2011 vom 12.10.2011, www.ksoe.at „**Wachstumskritik – Postwachstumsgesellschaft – Grundeinkommen**“ von Ronald Blaschke, Netzwerk Grundeinkommen Deutschland.

Folgen der Wachstumsökonomie: Ausbeutung von Naturressourcen, Zerstörung von Umwelt, Privatisierung gemeinsamer Güter (Natur, Wissen), Landraub, Patentierungen, Beraubung der Autonomie und Souveränität von Ländern und Regionen, Klimaveränderungen, Bodenerosionen, Verwüstung, Überschwemmung, Knappheit von Süßwasser, Verschärfung sozialer Ungleichheiten, existenzielle Betroffenheit ärmerer Schichten und Länder.

Ökologische Rechte sind soziale Rechte. Das **Grundeinkommen** (in monetärer Form, solange Einkommen/Geld als Distributions- und Zahlungsmittel gilt) hat hier zahlreiche verschiedene Funktionen. Es entzieht auch als Umverteilungsinstrument (neben anderem) dem Kapitalmarkt wachstumstreibende Investitionsmittel.

Wirtschaftliches Wachstum beseitigt Armut und Ungleichheiten nicht. Aber auch eine sozial gerechtere Welt müsste **Abschied vom Wachstum** nehmen, weil die Ressourcen endlich sind.

Auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft geht es um Denk- und Handlungsansätze, die ökologische Fragen mit ökonomischen und mit der sozialen Frage der Menschengemeinschaft verbinden.

Eine kurze Reise in die Vergangenheit Teil 8



Erich Fromm

(1900-1980) war Psychoanalytiker, Philosoph, Sozialpsychologe und Aktivist der amerikanischen Friedensbewegung. Er schrieb 1966 „Das garantierte Einkommen“, in dem er ausführlich begründet, was für ein garantiertes Grundeinkommen spricht.

Zusammengestellt von Helga Ungar für das BGE / rtga Wien

Einwände gegen das BGE

Vielleicht stellst du dir selbst manchmal bestimmte Fragen oder bist mit ihnen von anderer Seite konfrontiert. Die drei häufigsten will ich hier nennen:

1. EIN BGE KANN MAN JA GAR NICHT FINANZIEREN!

Es gibt schon **unterschiedlichste Berechnungen**, wie ein BGE zu finanzieren wäre, in Österreich, der Schweiz, Deutschland oder anderen Ländern. **Jede Gesellschaft kann sich ein angemessenes BGE leisten.** Die entscheidende Frage ist, in wessen Interesse eine Regierung ihr Budget erstellt. **Soll sich Geld auf der einen Seite unbehelligt immer mehr anhäufen (arbeitsloses Einkommen ohne entsprechenden Beitrag zu Staatsaufgaben?), sollen auf der anderen Seite Not, Druck und Überwachung immer mehr zunehmen?** Nach dem erwähnten Modell würden nach progressiver Besteuerung immer noch 80 % der Menschen in Österreich gewinnen, am meisten die Empfänger der untersten Einkommen.

Die Regierung muss für (Verteilungs-)Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit sorgen. **Finanziert werden kann das BGE** durch wegfallende/umzuwidmende Ausgaben und natürlich mit einer entsprechenden (umverteilenden) Steuerreform, die zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt.

2. DANN WIRD NIEMAND MEHR ARBEITEN WOLLEN: WER ERLEDIGT DANN DIE UNANGENEHME „DRECKSARBEIT“?

Bei Befragungen sagen **90% der Menschen**, sie **würden** trotz Erhalt eines BGEs im Beruf **weiterarbeiten** – sie **bezweifeln das nur bei anderen**. Manche benötigen eine Pause, um **sich zu erholen**, aber immer nur faulenzten? Manche würden gerne **weniger gehetzt** arbeiten bzw. überhaupt **weniger**, wegen noch anderer Interessen. Ein sinnvoller, interessanter Beruf macht sicher Freude. Jemand, der gar nichts mehr tun will, ist wahrscheinlich schon von den Verhältnissen geschädigt.

Nicht jede Erwerbsarbeit macht Freude. Dann soll sie aber wenigstens **durch sehr gute Bezahlung entschädigen**. Aber gerade das alles kann man durch ein BGE leichter erreichen. Wenn sich für manche Arbeiten, die für die Gesellschaft notwendig sind, zu wenige Leute finden, müssen sie von **Maschinen** verrichtet werden, oder jede/r ist gezwungen, sie selbst zu erledigen. Einen Sklaven kann man sich jedenfalls nicht mehr dafür halten.

Nicht vergessen:

- *Es gibt heute schon mehr unbezahlte Arbeitsstunden als bezahlte.*
- *Das BGE bleibt in voller Höhe erhalten, auch wenn man Erwerbsarbeit leistet.*

3. FÜR FRAUEN IST DAS BGE EIN NACHTEIL.

Diese Ansicht hat sich bei den meisten Frauen schon geändert. Viele Frauen arbeiten in Teilzeitjobs. Das wirkt sich auch noch in der Pension finanziell negativ aus. **Frauen sind derzeit am häufigsten arm oder armutsgefährdet. Das BGE schließt aber Einkommensarmut völlig aus.**

Bei Einführung einer 25-Stundenwoche in der Erwerbsarbeit sind sie mit den Männern gleichgestellt. Man kann nicht mehr von Hauptverdienern und Dazuverdienerinnen sprechen. Dadurch haben sie eine **bessere Verhandlungsbasis mit Männern**. Bei gleichen Rechten können sie auch gleiche Pflichten fordern. Der gerechten Aufteilung von Erwerbsarbeit, Care-Arbeit und anderen Tätigkeiten steht nichts mehr im Wege. Diese Diskussion ist mit dem Partner zu führen. Bei Uneinsichtigkeit des Mannes hat auch die **Frau eine eigene soziale Sicherheit** und kann sich **aus persönlicher Abhängigkeit lösen**.

Meine Vision ist aber ein **harmonisches Zusammenleben zweier gleichberechtigter Partner**. Beide arbeiten 25 Stunden in Erwerbsarbeit, verbringen die übrige Zeit mit anderen Tätigkeiten und in Muße. Sollten sie zu betreuende Eltern haben, können sie sich beide um sie kümmern und auch eventuelle Kinder gemeinsam genießen. Es wäre für beide Teile, Frau und Mann, ein ausgewogenes und erfülltes Leben, wobei auch die Kinder Vorteile hätten. *(Durchsetzung einer gerechten Bezahlung Frau/Mann in der Erwerbsarbeit bleibt natürlich weiterhin eine wichtige Forderung, ebenso der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.)*

Österreich: Ein mögliches Finanzierungsmodell von der Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>



Chefredaktion dieser Ausgabe

Ulli Sambor: AHS- und Handelsakademie-Matura; 10 Jahre bei IBM, anschließend 2 Söhne. Arbeitet in den Attac Inhaltsgruppen „Arbeiten/Tätigsein“ und „Grundeinkommen“ mit, auch beim Runden Tisch Grundeinkommen und in der Initiative Zivilgesellschaft.

Dipl.-Ing. Klaus Sambor: Beruflich im Forschungsbereich der Telekom Austria tätig und nach der Pensionierung Mitarbeiter bei Attac. Zunächst parallel dazu bei der NGO „European Sustainable Development (ESD)“, deren Generalsekretär er einige Jahre lang war. Danach Wechsel in den Vorstand der Initiative Zivilgesellschaft. Seit November 2004 als Koordinator in der Attac Inhaltsgruppe „Grundeinkommen“ tätig. Zusätzlich im „Runden Tisch Grundeinkommen“ und dem „Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt“ engagiert.

Besonders wichtig sind nun die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Europäischen BürgerInneninitiative für das „Bedingungslose Grundeinkommen“, wo er als Vertreter des Bürgerausschusses für diese Initiative tätig ist.

Wie könnte eine andere Lebensweise aussehen?

Von Ulli Sambor

Im Mittelpunkt stehen der Mensch und die Natur, die Achtung ihrer Würde und die Ermöglichung eines guten Lebens für alle Menschen.

- Was macht mich selbst aus?
- Welche Achtsamkeit bringe ich mir selbst, anderen Menschen und der Natur entgegen?
- Was ist wirklich wichtig?

Andreas Salcher sagt: „Das Geheimnis der letzten Stunde ist die Begegnung mit dir selbst.“ Die wichtigsten Fragen in der letzten Stunde sind die nach **Liebe**, die man gegeben und empfangen hat, nach **geglückten Beziehungen zu anderen Menschen**, nach **Authentizität** und **Wahrhaftigkeit**. Habe ich den richtigen Lebensweg für mich gefunden? Hat mein **Leben** einen **Sinn** gehabt? Habe ich meine Berufung gefunden? Schlimm ist es, wenn man sie gefunden hat, ihr aber nicht gefolgt ist. Habe ich Hochverrat an meinen eigenen **Lebensträumen** begangen? Was ist aus meinem **Idealismus** geworden? Habe ich Zeit gehabt oder besser, habe ich mir **Zeit** genommen für das, was wichtig gewesen wäre? Für Kinder, Partner, Freunde, Fremde, dass auch sie sich ein inneres Lächeln bewahren konnten?

Was brauchen wir für ein gutes Leben?

Ist es wirklich Geld, Konsum, ein Zweitauto, noch einen Fernseher oder Computer, tausend technische Geräte, 1000 Freunde auf Facebook oder einfach einen **aner kennenden Händedruck, ein gutes Gespräch, eine Umarmung**? Ist uns bewusst, dass **die schönsten Momente im Leben gratis sind** und die meiste Kraft und Freude geben? Das Gezwitscher der Vögel, die Schönheit der Natur, der Duft des Brotes...

Wann haben wir eigentlich **Zeit**, uns mit solchen Gedanken zu befassen? **Was haben wir schon alles verloren, ohne es zu bemerken**? Wir lassen uns hetzen und zuschütten mit Dingen zur Erfüllung von künstlich hervorgerufenen Bedürfnissen, statt in uns hineinzuhorchen, um die **echten Werte** zu erkennen.

Was sehe ich in meinem „Nächsten“? Was, wenn ich diejenige wäre, die bettelnd am Straßenrand sitzen muss, die Jugendliche, die keine Zukunftsaussichten mehr hat, die Afrikanerin, die ausgebeutet wird, der Mensch, der vor Hungersnot und Dürre flüchtet, über das Meer auf einem Schlauchboot, das absichtlich versenkt wird, weil es Menschen gibt, die materiell nicht genug bekommen können und nicht teilen wollen?

Eine neue Lebensweise

Sie soll darauf Rücksicht nehmen, was den Menschen ausmacht, und darauf, was er für ein gutes Leben braucht, z.B. **echte menschliche Werte**, wie geliebt zu werden (und zu lieben), also **Liebe; Vertrauen** und **Sicherheit** zu haben (und zu geben), **Anerkennung** und **Wertschätzung** zu erhalten (und auszusprechen), **Fürsorge** und **Solidarität**. Das gilt aber auch für das Leben außerhalb der vier Wände. Es kann nicht sein, dass wir einen Schalter umlegen müssen, wenn wir die Wohnung verlassen und in die Welt hinausgehen. Dort müssen dieselben Werte gelten, wenn nicht die Ellbogentechnik auf das Privatleben abfärben soll.



Was ist wirklich wichtig?
©pixelio/Sprosse 1952

Die globalisierungskritische Organisation Attac Österreich hat 2010 zu ihrem 10. Geburtstag die Attac Deklaration herausgegeben, unter dem Titel:

Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen!

Sie ist unter www.attac.at zu finden. Hier wird eine mögliche neue Lebensweise sehr gut dargestellt.

Zum BGE gibt es übrigens von Attac Österreich ein Positionspapier, ein Diskussionspapier und ein Finanzierungskonzept, aus denen auch einiges entnommen ist.

(Mehr Information unter <http://community.attac.at/grundeinkommen.html>)

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber: SOL - Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil, 1140 Wien, Penzinger Str. 18/2. Redaktionsanschrift: 7411 Markt Allhau, Allhauer Mühkhäuser 5. Druck: gugler* cross media, Melk. DVR 0544485. Wissenschaftliche Mitarbeit: FG-SOL. Chefredaktion: Ulli und Klaus Sambor. Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. ZVR Nr. 384533867. Namentlich gezeichnete Artikel stellen die Meinung des Autors/der Autorin dar.



www.pro-grundeinkommen.at/WdGE2012/

Weiterführende Links

www.grundeinkommen.at
www.grundeinkommen.de
www.bien-ch.ch
www.bedingungslos.ch
www.basicincome.org
www.pro-grundeinkommen.at
community.attac.at/grundeinkommen.html
www.geoe.at

Es gibt

eine Ethik des Eigenwertes der Natur,
eine Ethik des Genuß und
eine Ethik des guten Lebens für alle.

Wie fügt sich hier das BGE ein?

Das **BGE** mit seinen begleitenden Maßnahmen ist ein Baustein in einem Umwandlungsprozess. Es **schafft einen sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich** (entsprechende Finanzierung). Es bewirkt, dass wir uns besser mit den Themen, die uns hautnah betreffen, beschäftigen können, es ermöglicht, unseren Reichtum an Fähigkeiten einzusetzen, und schenkt uns einen **Reichtum als Wählen-Können zwischen Arbeit und Muße, als Kombinieren-Können von gewünschter Erwerbsarbeit und anderen sinnvollen Tätigkeiten**. Mit einem BGE können wir leichter **selbst bestimmen, wie wir leben möchten**, und müssen uns **nicht** mit immer mehr Kontrolle, Druck und Zwang **vorschreiben lassen, wie wir zu funktionieren haben**.

Das BGE ermöglicht „Leben“ anstelle von „Funktionieren“.

Verschiedenste Aspekte des **BGE** wurden ja schon vorweg dargestellt. Eine **Kurz-zusammenfassung, wozu es einen Beitrag leisten kann**, ist unter dem Titel „10 Gründe für ein emanzipatorisches BGE“ unter www.grundeinkommen.at zu finden. Schon heute kann das Ringen um die Verwirklichung des BGE das Blickfeld weiten, das Denken schärfen, die **Verantwortung für die eigene und die Würde aller Menschen** (auch die kommender Generationen) stärken, respektvolle Begegnung mit unterschiedlichen Lebenskonzepten ermöglichen und die Suche nach weitergehenden Alternativen anspornen.

Erich Kitzmüller: „Grundeinkommen im Sinn von BIEN (Anmerkung: Basic Income Earth Network) meint auch den Hebel, der einen Wettbewerb zwischen dem Arbeitsmarkt (zwecks monetärer Bereicherung) und einer Fülle frei gewählter Tätigkeiten und Lebensweisen (zwecks Gut-Leben) anstößt und erzwingt. Die Technik dieses Hebels ist ein **neues Teilen**.“

Wenn wir allen Menschen das Recht auf ein gutes Leben zugestehen wollen (heute und in Zukunft), ist ein „Weiter wie bisher“ nicht möglich.

Das **BGE** bietet die **Möglichkeit eines totalen Perspektivenwechsels**.

Das **BGE** mit entsprechenden Begleitmaßnahmen hilft den Menschen, ihr **eigenes Leben selbst zu gestalten, aber auch dabei mitwirken zu können, eine Welt zu gestalten, die zukunftsfähiger und solidarischer ist als jetzt**.

Sind das BGE und die neue Lebensweise eine Utopie?

Manche Menschen sind davon überzeugt, dass die „Mächtigen“ solche Änderungen nie zulassen werden. Es gibt aber Gegenbeispiele: Hätten Menschen je gedacht, dass ein **allgemeines Wahlrecht** durchsetzbar wäre gegen die damals Mächtigen? Wer hätte so schnell mit dem **Berliner Mauerfall** gerechnet?

Durch Passivität und Resignation werden wir natürlich nicht weiterkommen. **Wir müssen handeln** und uns für das BGE einsetzen. Wenn wir auf dem Weg stehenbleiben, uns nicht bewegen, besteht die Gefahr, unbeweglich zu werden, zu versteinern, im wahrsten Sinne des Wortes leb-los zu werden.

Warum viele Menschen dennoch einem Wandel kritisch gegenüberstehen, liegt, glaube ich, daran, dass Veränderung immer auch ein gewisses Risiko bedeutet.

Antoine de Saint-Exupéry („Der Kleine Prinz“): Die Rose, die sich vom (gewohnten) Glassturz befreit hat, sagt zum kleinen Prinzen: „Aber ja, ich liebe dich. Du hast nichts davon gewusst. Das ist meine Schuld. ... Versuche, glücklich zu sein. ...Lass diese Glasglocke liegen! Ich will sie nicht mehr. ...“

„Aber der Wind ...“ „Die frische Nachtluft wird mir gut tun. Ich bin eine Blume.“ „Aber die Tiere ...“ „Ich muss wohl zwei oder drei Raupen aushalten, wenn ich die Schmetterlinge kennenlernen will. ...“

Was haben wir zu verlieren?

Ein System, von dem wir mit Sicherheit wissen, dass es nicht funktioniert.

Was haben wir zu gewinnen?

Ein Leben in unglaublicher Vielfältigkeit und Tiefe. Ein System, das Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt und die Chance hat, zukunftsfähig zu sein.



Das BGE in der Schweiz

Von Albert Jörmann



Für die BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Schweiz war es schon immer klar, dass der Weg zur Einführung über eine Volksinitiative führen wird. Dabei wird ein Antrag auf die Änderung eines Artikels der Bundesverfassung gestellt, für den mindestens 100.000 gültige Unterschriften gesammelt werden müssen; wenn die Initiative zustande kommt, wird sie im Parlament beraten, und dann gibt es eine Volksabstimmung. Im Frühjahr 2012 lancierte eine Gruppe rund

um die, Götz Werner nahe stehende, Basler „Initiative Grundeinkommen“ eine solche Initiative.

Der Text ist sehr einfach gehalten: „Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.“ Er geht insbesondere nicht auf Einzelheiten der Finanzierung ein; diese soll vom Bund auf Gesetzesebene geregelt werden. Die Lancierung der Initiative stieß auf sehr viel Echo in den Medien. Verschiedene regionale Gruppen sind entstanden, welche weitgehend ohne Unterstützung von offiziellen Parteien und Organisationen versuchen, mit beschränkten Ressourcen, aber umso mehr Engagement das Thema in der Bevölkerung breit bekannt zu machen und die Unterschriften zusammen zu tragen. Dabei ist insbesondere die Informationsarbeit wohl etwas unterschätzt worden. In den ersten 4 Monaten konnten erst 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Umso stärker ist die Entschlossenheit der AktivistInnen, bis Oktober 2013 bei allen möglichen Anlässen ein Maximum herauszuholen. Unabhängig vom Sammelergebnis kann aber schon jetzt gesagt werden, dass mit dieser Initiative das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens zum ersten Mal im ganzen Land öffentlich zur Diskussion gestellt werden konnte, und das ist an und für sich bereits ein Erfolg. Über die weitere Entwicklung werden wir später berichten.

Weiterführende Literatur zum Thema BGE

Blaschke, Ronald: Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland: Vergleichende Darstellung

Blaschke, Ronald / Adeline, Otto / Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010) Grundeinkommen: Geschichte – Modelle – Debatten (Berlin)

Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit (Hrsg.) (2007) Grundeinkommen, soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien

Büchle, Herwig / Wohlgenannt, Lieselotte (1985) Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Wien

Fromm, Erich (1976) Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft New York

Fromm, Erich (1999) Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, München

Füllsack, Manfred (2006) Globale soziale Sicherheit: Grundeinkommen – weltweit? Berlin

Netzwerk Grundeinkommen Deutschland / Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt Österreich (2006) In Freiheit tätig sein

Netzwerk Grundeinkommen Deutschland (2009) Kleines ABC des bedingungslosen Grundeinkommens, Neu-Ulm

Vanderborght, Yannik / van Parijs, Philippe (2005) Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt / Main

Werner, Götz / Goehler, Adrienne (2010) : 1.000 Euro für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen: Von der Erwerbsarbeit zur Kultargesellschaft, Köln



Reitter, Karl (2012). Bedingungsloses Grundeinkommen. AMRO. Mandelbaum Kritik & Utopie. Wien.

Literatur zum BGE (Fortsetz.)

Rätz, Werner / Krampertz, Hardy (2011) Bedingungsloses Grundeinkommen, woher, wozu und wohin? Neu-Ulm

Stefan Wolf, Blaschke, Ronald (2010) Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen, Berlin. Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BIEN Schweiz)

Neuerscheinungen ab September 2012

Werner, Götz W. ; Eichhorn, Wolfgang; Friedrich, Lothar (Hrsg.): Das Grundeinkommen. Würdigungen – Wertungen – Wege. Karlsruhe, 2012.

Strengmann-Kuhn, Wolfgang ; Jacobi, Dirk; Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wege zum Grundeinkommen. Sammelband. Berlin, 2012.

Blaschke, Ronald / Adeline, Otto / Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung, VSA-Verlag, Hamburg 2012.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Buchrezension von Lieselotte Wohlgenannt

Karl Reitter legt mit dieser kleinen Schrift eine umfassende Einführung in das Thema vor.

Am Eingang steht ein kurzes Kapitel der Klärung, was Grundeinkommen ist und wozu es gut sein soll. Es folgen ausführlichere Darstellungen der gesellschaftlichen Entwicklungen seit der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ohne die zunehmenden Probleme im Bereich der Erwerbsarbeit und die damit immer weiter auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensunterschiede hätte die Diskussion um Grundeinkommen kaum die aktuelle Dimension erreicht.

Grundeinkommen ist unfinanzierbar: so lautet in aller Regel das erste Argument von Kritikern und Skeptikern. Dass dem nicht so ist, macht Reitter nachvollziehbar, indem er Grundeinkommen in ökonomische und politische Zusammenhänge stellt. Auch wenn es keinen Königsweg gibt: welche grundlegende soziale Erregenschaft – vom Wahlrecht bis zum heutigen Sozialstaat – wäre je einfach durchzusetzen gewesen! Grundeinkommen bietet eine Chance, dass sich viele Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen dafür einsetzen.

Kritik gibt es allerdings nicht nur in Bezug auf Finanzierbarkeit. Reitter stellt sich der Auseinandersetzung mit weiteren kritischen Einwänden: der Sorge jener, die befürchten, mit Grundeinkommen würde niemand mehr arbeiten, den Befürchtungen der Gewerkschaften, die sich um die Stellung der Erwerbsarbeit sorgen, und den kritischen Anfragen aus feministischer Sicht.

Zwischen diese grundlegenden Kapitel schiebt sich ein Exkurs zu unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen, wobei neben den Argumenten von Philipp Van Parijs, Gründer des weltweiten Grundeinkommens-Netzwerks B.I.E.N., vor allem die Theorien von Karl Marx diskutiert werden. In einem weiteren Zwischenkapitel werden Experimente mit bzw. Ansätze für ein Grundeinkommen vorgestellt: Brasilien, USA, Namibia, Indien – und der Alaska Permanent Fund, aus dem seit 1976 jährlich an alle längerfristig dort Lebenden eine Summe ausbezahlt wird, die allerdings zu niedrig ist, um wirklich davon leben zu können.

„In Freiheit tätig sein“ – das Motto des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses 2005 in Wien – lautet nicht nur die Überschrift des abschließenden Kapitels; es bringt als Kurzformel das Ziel eines Grundeinkommens und damit das Menschenbild und Gesellschaftsbild zum Ausdruck, das den Autor mit vielen Anhängerinnen und Befürwortern der Grundeinkommensidee verbindet.

Die umfassende Sachkenntnis und jahrelange Beschäftigung des Autors mit dem Thema erlaubt ihm eine fundierte Darstellung, ohne sich in Details zu verlieren. Trotz seiner Vorliebe für eine Marx'sche Analyse bleibt er offen für andere Ideen und Gesellschaftsentwürfe. „...Wer für das Grundeinkommen ist, muss sich auf kein bestimmtes Modell verpflichten.“ Wohl aber können wir gemeinsam hoffen, dass eine „Gesellschaft, die ein echtes Grundeinkommen verwirklicht hat, ...uns doch etwas mehr an Würde und Selbstbestimmung ermöglicht“ (S.93). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hilfreich ist auch das relativ umfangreiche Glossar im Anhang.

Braucht „Flexicurity“ Grundsicherung – monetär oder naturressourcenbasiert?

Ein Beitrag, der Bedingungsloses Grundeinkommen und Ökologie auf einen Nenner bringt.

„Soziale Bedrohung muß zusammen mit der ökologischen behandelt werden – sonst wird's nichts!“, so kürzlich Prof. Dr. Marina Fischer-Kowalski in einer Ö1-ZeitRaum-Diskussion, in der es um Visionen für einen Wandel ging. Als Sozial-Ökologin setzt sie sich kämpferisch für die „Überbrückung der heutigen Lücke“ ein. Sie entwickelte dazu das Konzept eines „gesellschaftlichen Stoffwechsels“: Damit die Ökobilanz wieder ausgeglichener werden kann, müssen wir drastischere Maßnahmen setzen. Da die Ökonomie und die Politik dies nicht schaffen, müssen wir selbst mehr tun.

Wir können unseren Lebensstil ändern und Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Wir können zornig werden und an unsere Souveränität als BürgerInnen dieses einen Planeten und für eine neue Art des Wachstums appellieren – ein Wachstum, das gleichzeitig auch den neuen Herausforderungen unserer Umwelt gerecht werden kann – sonst wird's weiter nichts werden!

Nun gibt es aber dank zukunftsorientierter, mutiger Vordenker diese weltweite soziale Bewegung, Basic Income Earth Network (BIEN). Sie ist Quelle meiner Hoffnung für einen gesellschaftlichen Wandel! Sie hat sich zum Ziel gesetzt, einem wachsenden, sozialen Ungleichgewicht etwas entgegenzusetzen und „würdevolle Arbeitslosigkeit“ als Chance für eine strukturelle Neuorientierung zu begreifen. Da nun aber das Soziale heute immer stärker mit dem Ökologischen zusammenhängt – da es eine Angelegenheit von „Nachhaltigkeit“ geworden ist, die heute eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie eine Eindämmung des Klimawandels erfordert, wird das Ziel dieser Bewegung die „existenzielle Bedeutung von Natur“ sein müssen. Sie appelliert an unsere Verantwortungsbereitschaft für Mitmenschen, Natur und Zukunft. Es ist eine Bewegung, die sich mit dem Problem der Begrenzung der physikalischen Natur unseres Planeten beschäftigt und die Herausforderungen dieser Begrenzung längst erkannt hat. So wurde z.B. berechnet, dass in den Industriestaaten der Ressourcenverbrauch um das Fünf- bis Zehnfache reduziert werden müsste. Wir müssen über Schrumpfung nachdenken. d.h. wir müssen ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts – ein nachhaltiges Wirtschaftssystem – gestalten.

Wird uns ein „Globalverstand“ – wie ihn sich Wolfgang Pekny, Gründer des Vereins „Plattform Footprint“, wünscht – bei der Umsetzung dieser Forderung helfen? Wird freiwillige Verhaltensänderung einiger Produzenten und Konsumenten genügen? Müssen wir uns nicht fragen, ob unser Handeln, ausgerichtet an unserer persönlichen Nachhaltigkeitsbilanz, ausreicht, oder inwieweit dies nun für die „kollektive Nachhaltigkeitsbilanz“ etwas bringt? Ist hier nicht politisches Engagement nötig?

Ich denke, letzteres! „Wenn's was werden soll“, wird es einer politischen Rahmensetzung bedürfen. Nur systemische Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer, sozial-ökologischer Rahmenbedingungen für alle kann eine gesellschaftliche Transformation erleichtern. Diese ambitionierte Aufgabe, einen umfassenden Rahmen der Politik als Instrument zur Verfügung zu stellen, hat sich Dipl.-Ing. Dr. Harald J. Orthaber mit seinem Projekt gestellt. Dabei geht es um einen Stufenplan von einem Bedingungslosen Grundeinkommen über eine steuerliche Umlagerung zu einer „neuen Grundversorgung“, eine naturressourcenbezogene Grundsicherung, mit dem Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftssystems. In diesem Sinne kann ich die im Titel gestellte Frage nur mit „Ja, natürlich!“ beantworten!

Von Ilse Kleinschuster,

Mitglied in der „Initiative Zivilgesellschaft“ und aktiv beim „Runden Tisch Grundeinkommen“ und zfs - Zukunftsforum: Systemwandel für eine sozial-ökologisch sichere Welt

Zur Langfassung dieses Artikel
siehe Kurzinfo-Webseite des zfs
members.chello.at/zfsnet/

Eine umfassende weitere Abhandlung
dieses Themas durch das zfs
findet sich bei BIEN:
www.bien2012.org



Die Europäische BürgerInnen-Initiative (EBI) zum BGE auf dem Weg!

Am 26.- 27. April 2012 einigten sich die TeilnehmerInnen des Treffens in Brüssel auf einen Textentwurf für eine EBI und auf die Gründung eines Bügerausschusses.

Der Prozess zur Vorbereitung der EBI für ein Bedingungsloses Grundeinkommen wurde im nächsten Meeting des Bügerausschusses am 7. – 8. Juli 2012 (Paris) wieder um einen Schritt weitergebracht:

Der Antrag auf Registrierung erfolgte am 8. Juli 2012. Noch ist nicht klar, ob die EU-Kommission diese Europäische BürgerInneninitiative registriert oder die Registrierung ablehnt. Das Ergebnis der Prüfung wurde für spätestens 5. September 2012 in Aussicht gestellt.

Wir meinen, dass durch die Registrierung die Diskussion über das Bedingungslose Grundeinkommen in den Mitgliedstaaten sehr von Vorteil sein würde, um die Idee voranzubringen. Wir sind vor allem überzeugt, dass das Bedingungslose Grundeinkommen ein Beitrag wäre, die EU zu einer "Sozial-Union" weiterzuentwickeln und, dass dies notwendig ist, um sozialen Unruhen vorzubeugen, die auf Grund der derzeitigen unfairen sozialen Situation in den Mitgliedstaaten ausbrechen könnten.

Der Bügerausschuss plant nun die jeweils nationalen bzw. länderübergreifenden Vorbereitungen für eine BGE-Kampagne, um nach der Registrierung durch die EU sofort mit der offiziellen Unterschriftensammlung (eine Million Unterschriften müssen innerhalb von 12 Monaten gesammelt werden) beginnen zu können. Der Text der EBI für das Bedingungslose Grundeinkommen kann unter www.pro-grundeinkommen.at abgerufen werden.

Wir bitten um Unterstützung, damit das BGE möglichst bekanntgemacht und schließlich auch eingeführt wird. Eine Mithilfe von dir ist dabei in unterschiedlicher Weise möglich:

- ✓ Informiere andere über das BGE! Etwa, indem du dieses Heft weiterreichst.
- ✓ Unterschreibe die EBI!
- ✓ Überzeuge auch deine Freunde und Freundinnen davon, die EBI zu unterstützen!
- ✓ Nimm an der Woche des Grundeinkommens (17. – 23. Sept. 2012) teil!
Das Programm findest auf www.pro-grundeinkommen.at/WdGE2012/
- ✓ Hilf mit bei der Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen zum BGE, um selbst als „MultiplikatorIn“ für diese Idee aktiv zu werden!
- ✓ Organisiere deine eigene Veranstaltung zum BGE!

Der Runde Tisch Grundeinkommen ist dabei, Informations- und Werbematerialien weiter auszuarbeiten. Wir stellen dir diese Mittel sobald als möglich zur Verfügung.

www.pro-grundeinkommen.at
info@pro-grundeinkommen.at



Der Verein SOL setzt sich für nachhaltigere Lebensstile ein. Er gibt viermal jährlich die Zeitschrift SOL mit der Beilage „Sustainable Austria“ heraus. Ein Probeheft von SOL schicken wir gerne zu.

SOL, Penzinger Str. 18/2,
1140 Wien, Tel. 01.876 79 24

sol@nachhaltig.at,
www.nachhaltig.at